

Meinungsumfragen der Staatsregierung und der Ministerien 2011 – 2014

Schriftliche Anfrage MdL Ludwig Hartmann vom 13.10.2014 – Meinungsumfragen im Auftrag der Staatsregierung

Fragen 2 - 4
Jeweils pro Projekt

Ressort	Staatsministerium der Justiz	
Umfrage-Nr.	1	2
Projektbezeichnung	Evaluation des Rechts- und Justizstandorts – Meinungsumfrage	Evaluation des Rechts- und Justizstandorts – Vor Ort-Befragung
Frage 1		
Auftraggeber	Staatsministerium der Justiz und vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.	Staatsministerium der Justiz
Auftragnehmer	Institut der Deutschen Wirtschaft Köln <i>consult</i> GmbH	Staatsministerium der Justiz
Fragestellung	Die Fragen bezogen sich auf die Qualität und Leistungsfähigkeit der bayerischen Justiz und der Leistungserbringung durch die Rechtsanwälte.	
Zweck	Repräsentative Einschätzung der bayerischen Justiz und Rechtspflege durch ihre Kunden	
Dauer	09.11.2011 bis 13.12.2011	14.11.2011 bis 09.12.2011
Kosten (netto, soweit nicht anders angegeben)	46.493 Euro brutto (Anteil Staatsministerium für Justiz)	2.000 Euro Kosten für Druck und externes Personal; die internen Personalkosten lassen sich mit vertretbarem Aufwand nicht ermitteln.
Befragtenanzahl	1.205 Bürger, 481 Unternehmen, 596 Rechtsanwälte	778 Bürger, 404 Rechtsanwälte
Befragtenauswahl	Zufallsstichproben aus verschiedenen Datenbanken	Zufallsauswahl aus Besuchern bei 30 repräsentativ ausgewählten Justizbehörden

Ergebnis in Kurzform	Bürger und Rechtsanwälte sind weit überwiegend mit der bayerischen Justiz zufrieden: Von den vor Ort befragten Bürgern sind 67 % und von den telefonisch befragten Bürgern 70 % mit der bayerischen Justiz zufrieden; bei den Rechtsanwälten sind es 84 % bzw. 79 %. Bei den Unternehmen überwiegen die mit der Justiz zufriedenen; die Zufriedenheit der Unternehmen bleibt aber hinter der der Bürger und der Rechtsanwälte zurück (48 % Zufriedene vs. 38 % Unzufriedene). Für 59 % der Unternehmen dauerten die Verfahren zu lange. Die Umfrage zeigte allerdings, dass die Unternehmen ihrer Bewertung der Verfahrensdauern deutlich längere Verfahrensdauern zugrunde legten als die tatsächlichen Ist-Dauern. 94 % der Unternehmen haben ihren bevorzugten Gerichtsstand in Bayern. Von allen abgefragten Einzelmerkmalen ist es jeweils die Neutralität, mit der die Bürger, Unternehmen und Rechtsanwälte am zufriedensten sind (z. B. über 82 % der Rechtsanwälte). Die Berücksichtigung der Opferbelange positiv sehen 76 % der Rechtsanwälte, allerdings nur 47 % der Bevölkerung. Fast 90 % der Bürger und Unternehmen sind mit ihren Anwälten insgesamt zufrieden.
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	Vermeidung langer und überlanger Verfahrensdauer durch gezieltere Steuerung des Personaleinsatzes, weiteren Ausbau der Instrumente zur Überwachung der Verfahrensdauer sowie rechtspolitische Initiativen; Arbeitsgruppe "Steigerung der Attraktivität des Rechts- und Justizstandortes für die Wirtschaft" im Rahmen der Initiative Rechts- und Justizstandort Bayern eingesetzt; Erreichbarkeit des Justizpersonals verbessert; Maßnahmen für besseren Opferschutz angeschoben (z.B. neue Fortbildungsmöglichkeiten); weiteren Ausbau des elektronischen Rechtsverkehrs initiiert.
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	23.05.2012
Veröffentlichungsweise	http://www.justiz-bayern.de/media/pdf/projekte/ergebnisse_evaluation.pdf
Grund der Nichtveröffentlichung	–
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	Das Staatsministerium der Justiz hat dem Landtag mit Bericht vom 31.01.2013 (Drs. 16/14588) umfassend sowohl über die Ergebnisse der Evaluation als auch über die gezogenen Schlussfolgerungen und ergriffenen Maßnahmen unterrichtet. Der Bericht wird als <u>Anlage 2</u> übersandt.

Ressort	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Umfrage-Nr.	1 / 2 / 3 / 4
Projektbezeichnung	eGovernment Monitor 2011 / 2012 / 2013 / 2014
Frage 1	
Auftraggeber	ipima (Institut der TU München) und Initiative 21; beteiligte Projektpartner sind u.a. die Beauftragte der Bundesregierung für Informationstechnik, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, Innenministerium von Baden-Württemberg, Innovationsstiftung Bayerische Kommune, IDG u.a.
Auftragnehmer	tns infratest
Fragestellung	Akzeptanz von elektronischen Online-Diensten für Bürger
Zweck	s.o.
Dauer	Nicht bekannt
Kosten (netto)	Jeweiliger Anteil 10.000 Euro
Befragtenanzahl	In verschiedenen Ländern jeweils ca. 1.000
Befragtenauswahl	Online- Panel; Daten gewichtet nach zentralen Merkmalen (Geschlecht, Alter, formale Bildung)
Ergebnis in Kurzform	Analyse E-Governmentnutzung in Deutschland
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	Weiterentwicklung des Online-Angebots
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	Zuletzt September 2013
Veröffentlichungsweise	Broschüre http://www.egovernment-monitor.de/die-studie/2014.html http://www.egovernment-monitor.de/die-studie/2013.html http://www.egovernment-monitor.de/die-studie/2012.html http://www.egovernment-monitor.de/die-studie/2011.html
Grund der Nichtveröffentlichung	–
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	–

Umfrage-Nr.	5
Projektbezeichnung	Digitalbarometer Bayern
Frage 1	
Auftraggeber	IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung (im Jahr 2012)
Auftragnehmer	tns Infratest
Fragestellung	Internetnutzung in Bayern nach Regierungsbezirken
Zweck	s.o.
Dauer	Dezember 2012 bis März 2013
Kosten (netto)	15.000 Euro
Befragtenanzahl	Über 1.000
Befragtenauswahl	Repräsentativ ausgesuchte Teilnehmer in ganz Bayern
Ergebnis in Kurzform	Analyse der Internetnutzung in Bayern
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	Weiterentwicklung des E-Government Angebots
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	Dezember 2013
Veröffentlichungsweise	Präsentation; siehe auch Drs.-Nr. 17/906 und 17/1725 (Schriftliche Anfragen von Frau MdL Anette Karl)
Grund der Nichtveröffentlichung	–
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	–

Umfrage-Nr.	6
Projektbezeichnung	Kundenbefragung des Landesamts und der Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung 2013
Frage 1	
Auftraggeber	Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Auftragnehmer	Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung
Fragestellung	Ermittlung der aktuellen Kundenzufriedenheit

Zweck	Ermittlung der aktuellen Kundenzufriedenheit
Dauer	5 Monate
Kosten (netto)	Die Fragebögen wurden den Kunden während des laufenden Antragsbearbeitung ausgehändigt bzw. im Online-Verfahren bei den Kommunen abgefragt. Besondere Kosten sind nicht angefallen.
Befragtenanzahl	44.000
Befragtenauswahl	Privatkunden, Kommunen und Landratsämter
Ergebnis in Kurzform	Kunden sind mit der Betreuung und den Daten sehr zufrieden.
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	3.000 konkrete schriftliche Äußerungen dienen als wertvolle Hinweise.
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	–
Veröffentlichungsweise	–
Grund der Nichtveröffentlichung	Interne Studie, um die Kundenorientierung zu optimieren
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	Die Ergebnistabelle kann nicht zur Verfügung gestellt werden. Sie ist ein interner Vergleich der Ämter für Digitalisierung, Breitband und Vermessung untereinander und nicht für die Veröffentlichung vorgesehen. Vielmehr dient sie zur internen Steuerung und Optimierung der Kundenorientierung. Ein zusammenfassender Bericht wurde u.a. in der Bayerischen Staatszeitung veröffentlicht (siehe <u>Anlage 3</u>).

Umfrage-Nr.	7
Projektbezeichnung	D21 – Digital Index
Frage 1	
Auftraggeber	Initiative 21; beteiligte Projektpartner sind u.a. Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, IT-Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung, OnlinerlandSaar, FraunhoferluK-Technologie, Texas Instruments u.a.
Auftragnehmer	tns infratest
Fragestellung	Ermittlung des Digitalisierungsgrads
Zweck	s.o.
Dauer	3 bis 4 Monate

Kosten (netto)	Anteil 30.000 Euro
Befragtenanzahl	knapp 4.000
Befragtenauswahl	Repräsentativ ausgesuchte Teilnehmer in ganz Deutschland
Ergebnis in Kurzform	Analyse der Internetnutzung in Deutschland
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	Weiterentwicklung des E-Government-Angebots
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	April 2013
Veröffentlichungsweise	Broschüre http://www.initiated21.de/wp-content/uploads/2013/04/digitalindex.pdf
Grund der Nichtveröffentlichung	-
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	Broschüre http://www.initiated21.de/wp-content/uploads/2013/04/digitalindex.pdf

Ressort	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
Umfrage-Nr.	1
Projektbezeichnung	Studie zu Donauausbau und Energiewende
Frage 1	
Auftraggeber	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
Auftragnehmer	Infratest dimap
Fragestellung	<ul style="list-style-type: none"> - Entscheidung zwischen Donauausbau-Varianten (Variante A: Ausbau allein mit Buhnen und Leitwerken; Variante C 2,80: Ausbau auch mit Staustufe und Schleusenkanal) - Beschluss zur Energiewende, Akzeptanz von höheren Preisen als Folge der Energiewende
Zweck	Repräsentative Bevölkerungsumfrage in Bayern zum Donauausbau und zur Energiewende
Dauer	KW 50/51 in 2012, KW 1 in 2013
Kosten (netto)	7.900 Euro
Befragtenanzahl	1.000 Befragte (Wahlberechtigte Bevölkerung in Bayern ab 18 Jahren)
Befragtenauswahl	Repräsentative Zufallsstichprobe; Auswahl der Telefonnummern nach dem Random Last Two Digit Dialing Verfahren (RL2DD)
Ergebnis in Kurzform	<p>Donauausbau:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ausbauvariante A (Ausbau allein mit Buhnen und Leitwerken) von 65 % der Befragten bevorzugt - Variante C2,80 (auch mit Staustufe und Schleusenkanal) von 14% der Befragten bevorzugt - Spontan: gegen den weiteren Ausbau 10% <p>Energiewende:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Entscheidung "Ausstieg aus Atomenergie und beschleunigter Umbau der Stromerzeugung in Richtung erneuerbarer Energien": 75% richtig 20% falsch - Akzeptanz von höheren Preisen als Folge der Energiewende: 64% dazu bereit 30% nicht bereit

Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	Festlegung der Haltung der Staatsregierung in Fragen des Donauausbaus und der Energiewende
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	–
Veröffentlichungsweise	–
Grund der Nichtveröffentlichung	Mit der Studie/Befragung beabsichtigte das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit, sich seiner Position zu zentralen Fragen der bayerischen Umweltpolitik zu vergewissern. Die Ergebnisse sind in den internen Meinungsbildungsprozess der Staatregierung eingeflossen und haben dort ihren Niederschlag gefunden. Derartige Umfragen werden in der Regel nicht für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt.
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	–

Umfrage-Nr.	2
Projektbezeichnung	4. Bayerischer Verbrauchermonitor 2012
Frage 1	
Auftraggeber	Der Verbrauchermonitor 2012 wurde vom bayerischen und baden-württembergischen Verbraucherministerium im Februar/März 2012 beauftragt.
Auftragnehmer	Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) Nürnberg
Fragestellung	Wie in den Vorjahren wurden als Wiederholungsteil Vertrauensindex, Relevanz und Zufriedenheit mit dem Verbraucherschutz in den Handlungsfeldern, Relevanz der Akteure sowie Nutzung des Verbraucherportals VIS Bayern erfasst (Statusbestimmung). Besondere inhaltliche Schwerpunkte lagen zudem auf Finanzen, Telefon und Internet sowie Durchsetzung der Verbraucherrechte. Fragenbeispiele: "Hatten Sie in den letzten drei Jahren eine Streitigkeit mit einem Unternehmen?", "Wie oft musste das Unternehmen kontaktiert werden?", "Wie endete die Streitigkeit?", "War es für Sie ein Erfolg?"
Zweck	Bürgerbeteiligung, kontinuierliche Beobachtung des Verbrauchervertrauens (Statusbestimmung mit Wiederholungsfragen), Ermittlung relevanter Risikofaktoren aus Sicht der Verbraucher zu wechselnden, besonders relevanten Fokusthemen.
Dauer	16.02 bis 02.03.2012
Kosten (netto)	24.400 Euro

Befragtenanzahl	708
Befragtenauswahl	Zufallsauswahl
Ergebnis in Kurzform	Die Studie zeigte u.a.: Verbraucher fühlen sich eher machtlos gegenüber Unternehmen: Zwei Drittel der Verbraucher halten es für schwer, ihre Rechte gegenüber Unternehmen durchzusetzen. Jeder vierte betroffene Verbraucher gab an, mehr als zehn Mal mit dem Unternehmen Kontakt aufgenommen zu haben, um zu seinem Recht zu kommen. Der Verbrauchervertrauensindex war um 3 Punkte zurückgegangen (vermutlich in Folge des Müller-Brot-Skandals) und bewegte sich mit 57 von 100 Punkten auf einem mittleren Niveau; Zufriedenheit bei Finanzen und Internet/Telefon hat zugenommen; Datenweitergabe wird als besonders gefährlich erachtet.
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	U. a. Start Förderprojekt Schlichtungsstelle; Ausbau des Informationsangebots insbesondere zu Internetthemen (Broschüre speziell für ältere Einsteiger: "Gut zu wissen! Ran ans Internet" sowie Fortsetzung der Leporelloreihe zu besonders relevanten Verbrauchertemen) und zur Rechtsdurchsetzung im Verbraucherportal VIS Bayern; seit 2013 zusätzliche Mittel zur Rechtsdurchsetzung bei den beiden Verbraucherverbänden (Verbraucherzentrale, VerbraucherService).
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	09.08.2012
Veröffentlichungsweise	Pressemitteilung; http://www.vis.bayern.de/verbrauchermonitor/doc/verbrauchermonitor_2012.pdf
Grund der Nichtveröffentlichung	–
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	–

Umfrage-Nr.	3
Projektbezeichnung	5. Bayerischer Verbrauchermonitor 2013
Frage 1	
Auftraggeber	Der Verbrauchermonitor 2013 wurde in Bayern als Kooperationsprojekt im Auftrag der damaligen Staatsministerien für Justiz und Verbraucherschutz, für Umwelt und Gesundheit sowie für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie durchgeführt. Die Erhebung wurde außerdem wieder zeitgleich in Baden-Württemberg im Auftrag des dortigen Verbraucherministeriums umgesetzt.
Auftragnehmer	Gesellschaft für Konsumforschung (GfK), Nürnberg

Fragestellung	Wie in den Vorjahren wurden als Wiederholungsteil Vertrauensindex, Relevanz und Zufriedenheit mit dem Verbraucherschutz in den Handlungsfeldern, Relevanz der Akteure sowie Nutzung des Verbraucherportals VIS Bayern erfasst (Statusbestimmung). Der besondere inhaltliche Schwerpunkt lag dieses Mal auf dem Handlungsfeld Energie, mit den Aspekten Energiepolitik, Akzeptanz Energiewende, Energiesparen, Energieeffizienz, Energieinformation und Vertragsfragen.
Zweck	Bürgerbeteiligung, kontinuierliche Beobachtung des Verbrauchervertrauens (Statusbestimmung mit Wiederholungsfragen), Ermittlung relevanter Risikofaktoren aus Sicht der Verbraucher zu wechselnden, besonders relevanten Fokusthemen.
Dauer	13.05. bis 14.06.2014
Kosten (netto)	29.500 Euro
Befragtenanzahl	1.004
Befragtenauswahl	Zufallsauswahl
Ergebnis in Kurzform	Die Studie zeigte u.a.: Das Handlungsfeld Energie gewinnt an Bedeutung; die Energiewende war auch bei den bayerischen Verbrauchern angekommen; den wichtigsten Hebel für eine erfolgreiche Energiewende sahen nahezu zwei Drittel im Energiesparen; einen höheren Strompreis für die Energiewende lehnten 37% ganz ab, 40% der Befragten würden maximal 10% Erhöhung akzeptieren; Zufriedenheit im Bereich Internet/Telefon hat zugenommen; der Verbrauchervertrauensindex lag mit 57 Punkten konstant auf mittleren Niveau; die Zahl der Nutzer des Verbraucherportals ist gestiegen; große Zufriedenheit mit der Qualität der Verbraucherberatung.
<u>Frage 2</u>	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	U. a. Forschungsprojekt effektive Verbraucherinformation im Energiebereich beauftragt, Bündelung der Energiepolitik; kontinuierliche Aktualisierung und Weiterentwicklung des Verbraucherportals VIS Bayern; Ausbau des Beratungsangebots; Mittelbereitstellung für Abmahnungen; seit 2013 zusätzliche Mittel zur Rechtsdurchsetzung bei den beiden Verbraucherverbänden (Verbraucherzentrale, VerbraucherService); Nachdruck der Verbraucher-Broschüre "Gut zu wissen! Energie sparen in Bayern" gemeinsam mit "Energie Innovativ"; Initiierung von Auftritten des Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie und der nachgeordneten Organisationen auf großen Verbrauchermessen zur besseren Information der Bürger über Energiepolitik und Energienutzung; Weiterentwicklung des Energie-Atlas Bayern (www.energieatlas.bayern.de) mit zahlreichen neuen Informationen für die Zielgruppe Bürger; Verstärkte Aktivitäten der Informationsstellen (ÖIB, C.A.R.M.E.N., TFZ, LSE) zur Information und Beratung von Bürgern zur Energiewende; nur geringe Akzeptanz unter den Bürgern für stark steigende Energiepreise: Vorgehen der Staatsregierung bei der EEG Reform zur Bekämpfung des Preisanstiegs; Bestätigung des Kurses der Staatsregierung bei der Energiewende: Energie muss sauber, bezahlbar und sicher sein; Bürger möchten verstärkt zu den Themen Energieeinsparungen, energetische Sanierung/energiesparendes Bauen informiert werden und auch konkrete Anreize erhalten: Durch die Umfrage fühlt sich die Staatsregierung bestätigt, das 10.000-Häuser-Programm weiterzuverfolgen.

Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	04.09.2013
Veröffentlichungsweise	Pressekonferenz; http://www.vis.bayern.de/verbrauchermonitor/doc/Verbrauchermonitor_2013.pdf
Grund der Nichtveröffentlichung	–
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	–

Ressort	Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Umfrage-Nr.	1
Projektbezeichnung	Soziale Landwirtschaft in Bayern
Frage 1	
Auftraggeber	Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Auftragnehmer	xit GmbH
Fragestellung	Quantität und Qualität der landwirtschaftlichen Betriebe mit sozialer Landwirtschaft
Zweck	Darlegung der Potenziale von sozialer Landwirtschaft, Aufbau und Ausbau von Netzwerken zur Professionalisierung von landwirtschaftlichen Betrieben im Bereich sozialer Landwirtschaft
Dauer	8 Monate
Kosten (netto)	25.000 Euro
Befragtenanzahl	Noch nicht bekannt
Befragtenauswahl	Gezielte Recherche
Ergebnis in Kurzform	Ergebnis im Dezember 2014
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	–
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	Dezember 2014
Veröffentlichungsweise	–
Grund der Nichtveröffentlichung	–
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	–

Umfrage-Nr.	2
Projektbezeichnung	Diversifizierung in der Berglandwirtschaft
Frage 1	
Auftraggeber	Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Auftragnehmer	Agrarsoziale Gesellschaft Göttingen
Fragestellung	Hofnachfolge in Betrieben der Berglandwirtschaft nach Betriebsform
Zweck	Beitrag für das Forschungsvorhaben: Bedeutung der Diversifizierung in der Berglandwirtschaft
Dauer	5 Monate
Kosten (netto)	20.000 Euro
Befragtenanzahl	10 Tiefeninterviews
Befragtenauswahl	Gezielte Recherche
Ergebnis in Kurzform	Ergebnis im Dezember 2014
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	Konsequenzen der Hofnachfolge für die Weiterbewirtschaftung der landwirtschaftlichen Betriebe in Berggebieten
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	Dezember 2014
Veröffentlichungsweise	Bericht im Internet
Grund der Nichtveröffentlichung	-
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	-

Umfrage-Nr.	3
Projektbezeichnung	Evaluation der Qualifizierung zur Gartenbäuerin in Bayern und ihrer Unternehmenspotenziale
Frage 1	
Auftraggeber	Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Auftragnehmer	Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft, Institut für Betriebswirtschaft und Agrarstruktur
Fragestellung	Ermittlung aller durch die Landwirtschaftsverwaltung qualifizierten Gartenbäuerinnen, Nutzung des Know-hows der Qualifizierung zur Einkommenserzielung bzw. zur gemeinwohlorientierten Steigerung der Lebensqualität auf dem Lande. Evaluation der Unternehmenspotenziale der "aktiven" Gartenbäuerinnen.
Zweck	Bestandsaufnahme zur Qualifizierung, Schlussfolgerungen für die Beratung
Dauer	12 Monate
Kosten (netto)	Verwaltungsinterne Personalkosten
Befragtenanzahl	47 Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und 154 Gartenbäuerinnen
Befragtenauswahl	Gezielte Recherche
Ergebnis in Kurzform	Die Qualifizierung hinsichtlich der Angebotsschwerpunkte Vorträge und (Vor-) Führungen sollte beibehalten werden. Es lässt sich Einkommen erwirtschaften. Eine Professionalisierung der Gartenbäuerinnen ist zu beobachten.
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	Ergebnisse in Kurzform: 28 % der Qualifizierten sind unternehmerisch tätig; weitere 12 % nutzen die Qualifizierung bei der Umsetzung von weiteren Einkommenskombinationen wie z.B. Urlaub auf dem Bauernhof oder erlebnisorientierte Angebote; Konsequenz für die Beratung: Die Qualifizierung wird nur noch einmal pro Jahr an einem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten angeboten.
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	s.u.
Veröffentlichungsweise	Interner Bericht an Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Juni 2014; Fortbildung der Beraterinnen in der Landwirtschaftsverwaltung: Juli 2014; LfL-Info-Schriftenreihe: ca. Dezember 2014
Grund der Nichtveröffentlichung	–
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	vgl. <u>Anlage 4</u>

Ressort	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration
Umfrage-Nr.	1
Projektbezeichnung	Evaluation des Kommunikationsplans des Europäischen Sozialfonds (ESF)
Frage 1	
Auftraggeber	Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Frauen
Auftragnehmer	FORSA
Fragestellung	Wie hoch ist der Bekanntheitsgrad des ESF in der Bevölkerung? Wie sind die Einstellungen gegenüber und der Kenntnisstand zur Europäischen Union?
Zweck	Überprüfung, ob Kommunikationsmaßnahmen zur Steigerung des Bekanntheitsgrades erfolgreich waren.
Dauer	03. bis 20.02.2014
Kosten (netto)	15.470 Euro
Befragtenanzahl	1.501
Befragtenauswahl	Deutschsprachige Personen in Bayern ab 14 Jahren (Zufallsstichprobe)
Ergebnis in Kurzform	Rund 38 % kennen den ESF, das sind deutlich mehr (+15 Prozentpunkte) als in 2009. Damit konnte eine Steigerung des Bekanntheitsgrads erreicht werden.
Frage 2	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	Zwar ist die Bekanntheit des ESF im Allgemeinen gestiegen, detaillierte Informationen zum ESF sind jedoch weitestgehend unbekannt. Dies wird in der Ausgestaltung zukünftiger Kommunikationsmaßnahmen zum ESF berücksichtigt.
Frage 3	
Veröffentlichungsdatum	Veröffentlichung ist geplant
Veröffentlichungsweise	–
Grund der Nichtveröffentlichung	–
Anlage Ergebnistabelle/-bericht	–

Ressort	Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (insoweit als Rechtsnachfolger des Staatsministeriums für Umwelt und Gesundheit)
Umfrage-Nr.	1
Projektbezeichnung	Befragung der beruflich Pflegenden zur Errichtung einer Pflegekammer in Bayern
<u>Frage 1</u>	
Auftraggeber	Damaliges Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit
Auftragnehmer	Hochschule München mit Unterauftrag an Firma TNS Infratest Sozialforschung
Fragestellung	"Soll in Bayern eine Pflegekammer eingerichtet werden?"
Zweck	Erhebung eines repräsentativen Meinungsbilds der examinieren Pflegekräfte in Bayern zur Einführung einer Pflegekammer
Dauer	April 2013 bis Juli 2013
Kosten (netto)	91.600 Euro
Befragtenanzahl	1118
Befragtenauswahl	Repräsentative Auswahl von Pflegekräften in Pflegeeinrichtungen nach Einrichtungstyp, Träger der Einrichtung und regionaler Verteilung
Ergebnis in Kurzform	50 % der Befragten sind für die Errichtung einer Pflegekammer, 34 % dagegen, 16 % unentschieden/keine Angabe.
<u>Frage 2</u>	
Folgerungen aus Umfrageergebnis	Einberufung eines Runden Tisches "Pflegekammer"; Einsetzung einer Arbeitsgruppe unter Leitung des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege
<u>Frage 3</u>	
Veröffentlichungsdatum	November 2013
Veröffentlichungsweise	Vorstellung der wesentlichen Ergebnisse im Ausschuss für Gesundheit und Pflege des Bayer. Landtags am 21.01.2014; Veröffentlichung im Internet auf Seite der Hochschule München (mittlerweile nicht mehr verlinkt)
Grund der Nichtveröffentlichung	-
Anlage Ergebnistabelle/ -bericht	Die Ergebnisse können dem Protokoll des Ausschusses für Gesundheit und Pflege des Bayer. Landtages am 21.01.2014 entnommen werden.